

**Zum Thema Linie 4:**

## *Auch Geschäfte würden von der Linie 4 profitieren*

Da ich in der Stadtmitte von Bremen arbeite, fahre ich schon seit Jahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Lilienthal Mitte (Moorhausen) zum Bremer Hauptbahnhof. Es ist festzustellen, dass die modernen, großen Busse immer voller werden. Da ich das Glück habe, dass meine Arbeitszeit durch Gleitzeit geregelt ist, kann ich Busse nutzen, die nach 7.30 Uhr an meiner Haltestelle losfahren. Die Busse zwischen 6.45 und 7.30 Uhr sind so stark frequentiert, dass ich schon beim Einsteigen keinen Sitzplatz mehr bekomme und stehen muss.

Auch bei der Fahrt nach Feierabend vom Bremer Hauptbahnhof zurück nach Lilienthal sieht es nicht anders aus. Sehr viele Busse sind so voll, dass ein Großteil der Fahrgäste von Anfang an stehen muss. Diese Situation ist aus meiner Sicht überaus unbefriedigend.

Die Gemeinde Lilienthal wird in Zukunft weiter wachsen. Dazu tragen auch einige Neubaugebiete bei. Die o.g. Situation wird sich dann noch erheblich verschärfen. Nur wenn ich eine Situation aus eigener Erfahrung kenne, kann ich die richtige Entscheidung treffen. Ich möchte daher unsere politischen Entscheidungsträger bitten, für einige Zeit unsere öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, um die Situation selbst kennen zu lernen. Anschließend, da bin ich mir sicher, wird so manch einer/eine das Erfordernis einer Straßenbahn für Lilienthal anders als heute beurteilen.

Selbstverständlich muss die Straßenbahn für die Gemeinde bezahlbar sein. Es sollte aber alles unternommen werden, dieses Projekt zu realisieren. Hierbei darf es keine Rolle spielen, ob man der CDU, SPD oder einer anderen Partei angehört. Es geht hier ausschließlich um das Wohl der Bürger unserer Gemeinde, und diese werden durch die Straßenbahn aus meiner Sicht ganz erheblich gewinnen.

Auch ist es meine feste Überzeugung, dass die Geschäfte und Läden von der Linie 4 profitieren werden.

Zu guter Letzt spricht natürlich auch der Umweltgedanke für die Straßenbahn und gegen eine Vielzahl von Bussen.

MATTHIAS HÖLSCHER, LILIENTHAL

## *Bürgerbefragung und nicht Bürgerbegehren*

Herr Herbert Roschen irrt sich: Für eine Bürgerbefragung sind alle von ihm in seinem Leserbrief genannten Bestimmungen nicht erforderlich. Er verwechselt hier bewusst oder unbewusst die Begriffe Bürgerbefragung und Bürgerbegehren. Seine Ausführungen beziehen sich nach § 22 b der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) auf das Bürgerbegehren/den Bürgerentscheid. Die von der Gemeinde auf Antrag der CDU durchgeführte Abstimmung im Juni 2004 war eine Bürgerbefragung.

Für diese Bürgerbefragung musste sogar

vom Gemeinderat eine Satzung verabschiedet werden, die unter anderem folgende Punkte beinhaltete: Anlass der Bürgerbefragung, Gegenstand der Bürgerbefragung, Beantwortung der Fragen, Überwachung des Ablaufes und Bekanntgabe des Ergebnisses. Ich führe bewusst diese Satzungspunkte so ausführlich auf, um darzulegen, dass es sich hier keineswegs um eine Befragung ohne Wert oder gar eine Posse handelte. Eine sonst nicht übliche Forderung dieser Befragung war außerdem die persönliche Unterschrift unter jeden abgegebenen Wahlschein. Eine zusätzliche Hürde, die bei keiner sonstigen öffentlichen Wahl verlangt wird.

Wenn Herr Roschen meint, die Bürger hätten bei dieser Bürgerbefragung über eine „Suggestivfrage“ (Frage, die zugleich die gewünschte Antwort eingibt), die null und nichtig sei, abgestimmt, sollte er dies bei der CDU beanstanden. Der Wortlaut der Abstimmungsfrage wurde von den Christdemokraten wohl überlegt formuliert und bei der Gemeindeverwaltung beantragt. Dass sich bei der Befragung 63,4 Prozent der Bürger für den Bau der Linie 4 ausgesprochen haben, kann auch von den Gegnern nicht wegdiskutiert werden.

Herrn Achim Rieke kann ich bei seinen gemachten Gaststätten-Erfahrungen nicht widersprechen, da ich kein „Kneipengänger“ bin. Nur, dieses Ergebnis der Bürgerbefragung mit einer Zechprellerei zu vergleichen, geht meines Erachtens entschieden zu weit.

REINHOLD KLEPSCH, LILIENTHAL

## **Zum Artikel „Vom Hügel zum Lilienthaler Schuldenberg“ vom 31. Januar:**

### *Verwaltung verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit*

Der Bericht bestätigt den Bürgern endlich einmal, dass die Initiative Pro Lilienthal bereits im letzten Jahr die Gesamtverschuldung mit 67 Millionen Euro korrekt analysiert hatte, der Bürgermeister aber bisher nur die Kämmereischulden in Höhe von 37 Millionen Euro publizierte. Unterstrichen wurde dabei ausdrücklich die Ausgeglichenheit der Haushalte in den Jahren 2005, 2006 und 2007. Verschwiegen wurde, dass die Verschuldung in diesem Zeitraum stetig gewachsen ist. Die Gemeindeverwaltung verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit, wenn sie dem Bürgeranspruch auf umfassende offene Information nicht gerecht wird.

Für unseren Bürgermeister Willy Hollatz ist die Straßenbahn für eine positive Entwicklung Lilienthals erforderlich. Wann endlich erhalten wir Auskünfte darüber, welche vorteilhaften Entwicklungen für die Gemeinde eintreten werden? Ohnmächtig müssen wir mit ansehen, wie die Grundprinzipien der Ökonomie völlig ausgeblendet werden. Ja, noch schlimmer, es folgt der erneute Ruf nach Einnahmeverbesserungen, sprich erneuten Steueranhebungen in der Gemeinde, die bereits eine traurige Spitzenposition in vergleichbaren Kommunen einnehmen.

Über das Projekt der Linie 4 werden die Bürger nicht mit fairer, offener Bereitschaft

informiert, sondern auch hier hat die Initiative Pro Lilienthal soviel Transparenz geschaffen, dass die Investitionszahlen nach oben korrigiert werden mussten. Der Bürgermeister bleibt jedoch die Antwort schuldig, weshalb sich die Ausbaukosten der BSAG in Bremen verdoppelt haben, aber für Lilienthal nach wie vor von einem niedrigeren Planungsansatz ausgegangen werden kann.

Nach dem Projekt der Linie 4 sollen keine weiteren Großprojekte folgen. Dabei warten 173 von insgesamt 190 Straßen und Wegen in Lilienthal auf Instandhaltung und -setzung, ein Projekt, das die Straßenbahnplanung bei weitem übertreffen wird. Kein Wunder, dass die Leerstände immer mehr anwachsen, wer fühlt sich denn wohl in diesem Ort mit sichtbarem Rückschritt und Stillstand.

JÖRG LANDGRAF, LILIENTHAL

## *Frauen von FDP und CDU sollten sensibel genug sein*

Dem Meinungsbeitrag von Herrn Pfaff zur Arbeit von Marianne Teubert und Neubesetzung der Gleichstellungsstelle Lilienthal, möchte ich voll und ganz zustimmen, er erläutert die Wichtigkeit dieser Arbeit, interpretiert deren Bedeutung und vertritt einen Standpunkt, der Ehrenamtlichkeit dieser Arbeit ausschließt.

Ein Standpunkt, der, so sollte man nach den Jahren engagierter Tätigkeit, entsprechender Berichts- und Öffentlichkeitsarbeit von Frau Teubert annehmen, längst Selbstverständlichkeit geworden ist.

Weit gefehlt, denn wie man der öffentlich zugänglichen Beschlussvorlage für die kommende Ratssitzung entnehmen kann, planen die Frauen und Herren der FDP/CDU-Fraktionen, diese Ombudsstelle für Gleichstellung ehrenamtlich zu besetzen – und damit gravierend zu schwächen.

Hier scheint nur der knallharte Spargedanke Leitlinie zu sein und nicht eine ernsthaft inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Antrag von SPD und Grünen, die eine Neuausschreibung dieser hauptamtlichen Stelle zum Antrag erhoben haben.

Einer Untersuchung von 19 Landkreisen zufolge – darunter insbesondere auch der Landkreis Osterholz, dem Lilienthal ja nun auch angehört – sind Frauen u.a. in den Bereichen Ausbildung, Dauer und Überwindung der Arbeitslosigkeit, Zuweisung in Minijobs, Erziehungszeiten und Wiedereinstieg in das Berufsleben, Betreuung von kranken und pflegebedürftigen Angehörigen und im Aufbau von Rentenanwartschaften gravierend benachteiligt.

Ist es da vertretbar, da sollten die Frauen der FDP /CDU Fraktion eigentlich sensibel genug sein, in diesem Bereich, der effizient dem Abbau von Benachteiligungen der Mädchen und Frauen auf kommunaler Ebene dienen soll, zu sparen?

Beratungs-, Vermittlungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Kontrolle, ob Frauenbelange im täglichen Politiker- und Verwaltungshandeln auch tatsächlich berücksichtigt werden, erfordern zwingend eine Hauptamtlichkeit, mit weitreichenden Befugnissen und Rechten!

Das Nichtwahrhabenwollen, dass die